

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität
Kurzprotokoll
28. Sitzung**

**Berlin, den 18.02.2013, 13:15 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700**

**- öffentlich -
Vorsitz: Dr. Matthias Zimmer, MdB**

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 8

Beratung und Beschluss über Kapitel 7 des Berichtsbeitrags der Projektgruppe 3
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)91

Tagesordnungspunkt 2 S. 24

Vergabebeschluss
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)92

Tagesordnungspunkt 3 S. 25

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 4 S. 26

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 18. Februar 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

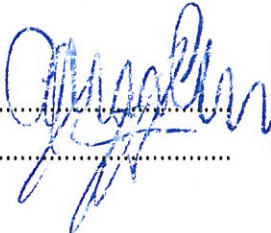
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bilger, Steffen		Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias		Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias		Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg		Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie		Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias		Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Arndt-Brauer, Ingrid		Groß, Michael	
Bulmahn, Edelgard	Heil (Peine), Hubertus
Kolbe (Leipzig), Daniela		Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Schaaf, Anton
FDP		FDP	
Bernschneider, Florian		Kauch, Michael
Meierhofer, Horst		Simmling, Werner
Skudelny, Judith		Vogel (Lüdenscheid), Johannes
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Leidig, Sabine		Birkwald, Matthias W.
Lötzer, Ulla		Bulling-Schröter, Eva

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 18. Februar 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Gambke Dr., Thomas		Walter-Rosenheimer, Beate
Ott Dr., Hermann		Wilms Dr., Valerie

Montag, 18. Februar 2013, 13:15 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

Betzüge

Bracht van, Georg

Brand Prof. Dr., Ulrich

Brand

Carstensen Prof. Dr., Kai

Carstensen

Habisch Prof. Dr., André

Hassel Prof. Dr., Anke

Hexel, Dietmar

Hölz Prof., Hanns Michael

Jänicke Prof. Dr., Martin

Jochimsen Prof. Dr., Beate

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter Dr., Norbert

Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert

off

Montag, 18. Februar 2013, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Ragnar Schwefel

FDP

Alexander Mistlin

CDU/CSU

Moders, Julia

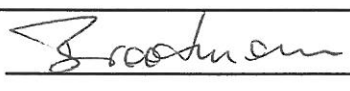
FDP

Fleming, Janna

Linke

.....

Montag, 18. Februar 2013, 13:15 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
B-TI-SJA	BRAAKMANN	Gruppenleiter	

Bundesrat:	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land

Beginn der Sitzung: 13.16 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) begrüßt die Teilnehmer in Vertretung der erkrankten Vorsitzenden Abg. Daniela Kolbe. Er gratuliert dem Abg. Stefan Bilger nachträglich zum Geburtstag und weist darauf hin, dass die Sitzung öffentlich sei und live vom Parlamentsfernsehen übertragen werde.

Im Anschluss an die heutige Sitzung gebe es von 16.00 bis 17.00 Uhr einen Internet-Chat zum Schlussbericht der Projektgruppe 3, an dem die Abg. Waltraud Wolff, Judith Skudelny und Dr. Hermann E. Ott, der SV Prof. Ulrich Brand und er selbst teilnehmen würden.

Anschließend stellt er fest, dass der Vermerk über das Obleutegespräch vom 29. Januar 2013 an alle Kommissionsmitglieder versandt worden sei. Nachdem keine Einwendungen erhoben werden, könne entsprechend der dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden.

SV Michael Müller erinnert daran, dass er bereits bei der Vorstellung des Berichtes der Projektgruppe 1 darauf hingewiesen hätte, dass es ein von ihm und dem Abg. Dr. Zimmer selbst verfasstes Papier zur Ideengeschichte des Fortschritts gebe, das damals nicht einbezogen worden sei, und beantragt habe, es möglichst bald zu behandeln. Er bitte um Auskunft, warum dieses Papier nicht auf der Tagesordnung stehe und wann es behandelt werde.

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) erläutert, dass diese Aufsetzungsbitte in der nächsten Obleutebesprechung am 26. Februar 2013 erneut erörtert und dann auf die Tagesordnung der nächsten Kommissionssitzung gesetzt werde.

Tagesordnungspunkt 1

Beratung und Beschluss über Kapitel 7 des Berichtsbeitrags der Projektgruppe 3
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)91

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) weist darauf hin, dass im Mittelpunkt der heutigen Sitzung die Beratung und der Beschluss über Kapitel 7 des Berichtsbeitrages der Projektgruppe 3 stehe, das als Kommissionsdrucksache 17(26)91 vorliege. Darüber hinaus läge ein Änderungsantrag zur sozial-ökologischen Transformation auf Kommissionsdrucksache 17(26)93 und ein Änderungsantrag zu den Handlungsempfehlungen auf Kommissionsdrucksache 17(26)94 vor. Zusätzlich habe der SV Prof. Ulrich Brand gebeten, eine Studie über Einschätzungen zur Energiewende, an der er im politikwissenschaftlichen Teil beteiligt gewesen sei, zu verteilen. Ferner sei auf Bitte von SV Prof. Bettzüge heute eine gemeinsame Veröffentlichung mit SV Prof. Schneidewind vom 28. Dezember 2012 in der online-Publikation ‚Wirtschaftswoche green‘ ausgelegt worden.

Die Projektgruppe 3 habe sich im wesentlichen mit der Frage der planetarischen Grenzen und der Frage der Entkoppelung von Wachstum und Ressourcen beschäftigt und in einem sehr starken analytischen Teil eine ganze Reihe von bemerkenswerten Feststellungen getroffen. Die Kommission habe diesen Bericht in ihrer Sitzung am 24. September 2012 beschlossen und eine breite Analyse der Entkoppelungsthematik vorgelegt. Heute solle nun abschließend die Frage diskutiert werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten es in Deutschland für eine solche Entkoppelung gebe.

Zum Verfahren erläutert er, die Kommission habe sich darauf verständigt, dass von den Berichten der Projektgruppen eine hohe – wenngleich keine absolute – Bindungswirkung ausgehen solle. Einmal verabschiedete Projektgruppen-Berichte sollten nicht erneut „aufgeschnürt“ werden. Selbstverständlich sei es allen Abgeordneten und auch den sachverständigen Mitgliedern aber möglich, weitere Sondervoten einzubringen, wobei es wünschenswert sei, diese rechtzeitig anzukündigen. Nach einer Einführung und einem kurzen Bericht über den Beratungsverlauf in der Projektgruppe durch den Projektgruppen-Vorsitzenden Abg. Dr. Ott bestehe für jede Fraktion die Möglichkeit zu einer etwa 5-minütigen grundsätzlichen Stellungnahme, in der die im Namen der Fraktion eingereichten Sondervoten bzw. Anträge einbezogen werden sollen. Anschließend finde eine Aussprache in der Reihenfolge der Wortmeldungen statt. Am Ende der Diskussion würden sich die Abstimmungen über den Berichtsentwurf und die Anträge anschließen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) freut sich, dass nach der Annahme der Analyse-Kapitel nun auch die Handlungsempfehlungen vorgestellt werden könnten, denn dies sei ausdrücklich im Einsetzungsauftrag der Enquete-Kommission auch so festgelegt. Als Vorsitzender der Projektgruppe bedankt er sich noch einmal für die gute Zusammenarbeit zwischen allen Projektgruppen-Mitgliedern. Diese Zusammenarbeit habe auch sehr lange in einem großen Konsens gemündet, der für die Handlungsempfehlungen aber trotz mehrfacher Bemühungen nicht erreicht werden konnte. Es sei aber ein Konsens für eine Basis gefunden worden, die als Kommissionsdrucksache 17(26)91 vorliege. Darin seien bereits einzelne Sondervoten zu bestimmten Fragen enthalten, die von allen oder teilweise auch einzelnen Vertretern der Opposition eingebracht worden seien. Weiterhin gebe es auf Kommissionsdrucksache 17(26)93 einen Änderungsantrag zu der großen Frage der sozial-ökologischen Transformation und auf Kommissionsdrucksache 17(26)94 Handlungsempfehlungen, die von Oppositionsvertretern zusätzlich zu dem, was im Konsens vereinbart worden sei, für wichtig gehalten würden. Ihm sei die Feststellung wichtig, dass diese Sondervoten und Änderungsanträge Ergänzungen seien, die an das gemeinsam Erarbeitete anschließen würden. Als gemeinsame Basis gelte, dass die ökologischen Grenzen unseres Planeten die Grenzen unseres Handelns markieren würden und dass diese ökologische Grenzen vielfach bereits überschritten seien. Die Einhaltung der Grenzen erfordere eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs in vielen Bereichen. Dafür seien technologische Mittel alleine nicht ausreichend, sondern sie müssten ergänzt werden durch politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, in denen technologische Effizienzgewinne erst ihre Wirkung entfalten könnten. Die Reduktion des Ressourcenverbrauchs sei mit dem Phänomen des „Rebound-Effektes“ oder „Rückschlag-Effektes“ verbunden, dessen Herausarbeitung auch eines der Hauptergebnisse der Arbeit der Kommission sein werde. „Rebound“-Effekt bedeute, dass viele aus technischem Fortschritt resultierende Einsparungen durch verändertes Nutzerverhalten teilweise oder vollständig wieder aufgezehrt würden. Daher sei eine systematische Herangehensweise an die Entkoppelungsproblematik notwendig. In den Kapiteln 1 bis 6 seien Möglichkeiten dargestellt worden, wie das geschehen könne. Im heute vorliegenden Kapitel 7 würden diese Erkenntnis noch einmal aufgegriffen und daraus Schlussfolgerungen gezogen. Dabei herrsche Einigkeit, dass neben dem technologischen Fortschritt auch eine Verbindung mit sozialen und kulturellen Entwicklungen erfolgen müsse und dass nicht alles dem Markt überlassen werden könne. Stattdessen

habe die Politik Wertvorstellungen umzusetzen und Präferenzen zu setzen, die sich auch in der Gesetzgebung widerspiegeln müssten. Konsens bestehe auch darüber, dass nicht Deutschland und nicht einmal die Europäische Union alleine den notwendigen Umbau bewirken könnten, sondern vielmehr Staaten mit einbezogen werden müssten. Deutschland und die Europäische Union hätten aber eine wichtige Rolle, eine von der Projektgruppe so bezeichnete „Pionier-Rolle“, was die Ansätze für eine Umgestaltung der Wirtschaft entsprechend der ökologischen Gegebenheiten betreffe. Unterschiedliche Einschätzungen habe es vor allem hinsichtlich der nötigen Umgestaltung gegeben, bei der ein Teil der Projektgruppe auf die Anpassungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystem verwiesen habe und andere Mitglieder mit einer sozial-ökologischen Transformation eine sehr viel grundlegendere Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft für erforderlich gehalten hätten. Eine zweite Differenz habe es in der Bewertung der Handlungsebene gegeben, das heißt, inwieweit Nationalstaaten oder eine supranationale Organisation wie die Europäische Union den Prozess vorantreiben könnten und wie viel auf der globalen Ebene geregelt werden müsse. Außerdem habe es auch Unterschiede bei der Herangehensweise an Vorschläge für konkrete Maßnahmen gegeben: während teilweise auf die Projektgruppe 4 verwiesen worden sei, die sich mit dem Thema Ordnungspolitik befasse, waren sich andere darüber einig, dass auch die Projektgruppe 3 aus ihrer Sachkenntnis heraus Handlungsempfehlungen geben müsse. Im Konsenstext selbst würden auch offene Punkte benannt, die nicht hätten behandelt werden können, sowie entsprechender Forschungsbedarf, der durch die Wissenschaft und gesellschaftliche Akteure oder vielleicht zukünftige Enquete-Kommissionen aufgegriffen werden sollte. Ein wichtiges Fazit der Projektgruppe sei, dass eine Lösung der Ressourcenproblematik mit sehr viel weitgehenderen Entkoppelungsprozessen verbunden sein werde als bisher angenommen und dass der anzustrebende Wohlstand deutlich energie- und materialreduzierter sein werde. Gleichzeitig würden Entwicklungen angedeutet, die auf Lösungsmöglichkeiten hinwiesen wie die globale kommunikative Vernetzung, ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis, den Diskurs über die gerechte Verteilung von materiellem Reichtum, Diskussionen über das Verhältnis von materiellem und nicht-materiellem Reichtum und ein umfassenderes Wohlstandsverständnis. Hier seien andere Projektgruppen wie zum Teil die Projektgruppe 4 und die Projektgruppe 5 aufgerufen, diese Gedanken spezifisch weiterzuführen und in den Abschlussbericht einzubringen. Letztlich müsse es in einer Welt, die eine Entkoppelung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch anstrebe, gerechter zugehen und mehr Integration geben.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) erklärt, dass eigentlich SV Prof. Bettzüge in der jetzt beginnenden Fraktionsrunde für die CDU/CSU inhaltlich Stellung nehmen sollte, und dass er dies auch in der weiteren Diskussion machen werde. Zuvor müsse er selbst allerdings angesichts der bisherigen Ausführungen eine politische Bewertung vornehmen. Er sei über das Vorgehen der Opposition sehr enttäuscht und erschüttert. Abg. Dr. Ott habe in der Vergangenheit mehrfach den Konsens angemahnt und die gute Zusammenarbeit in der Projektgruppe 3 gelobt. Offensichtlich habe Abg. Dr. Ott aber versucht, die Koalitionsvertreter in eine Konsensdebatte zu drängen, um parallel mit den anderen Oppositionsvertretern Sondervoten zu dem vereinbarten Konsens anzufertigen, hinter dem er eigentlich hätte stehen sollen. Deshalb verwundere es ihn, dass es nun eine ganze Reihe solcher von der gesamten Opposition getragenen Sondervoten gebe, mit denen der gefundene Kompromiss, auf den sich die Koalitionsvertreter eingelassen hätten, in Frage gestellt werde. Dies sei nicht seine Vorstellung von Kompromiss. Beispielhaft für einiges, was von Seiten der CDU/CSU in den Änderungsanträgen nicht geteilt würde, nennt er den Begriff „grüner Sozialismus“, der als Option genannt werde. Dabei habe es im gefundenen Konsenspapier wichtige Aussagen insbesondere hinsichtlich der Bewertung der deutschen und europäischen Vorreiterrolle gegeben, die durchaus entsprechend differenziert und realistisch betrachtet worden sei. Außerdem sei die Lesbarkeit des Berichtsentwurfs jetzt durch die vielen Sondervoten sehr beeinträchtigt.

SV Dietmar Hexel spricht für die Fraktion der SPD und räumt ein, dass er ebenfalls enttäuscht sei, dass es kein gemeinsames Gesamtergebnis gebe. Im April 2012 sei bereits ein Maßnahmenkatalog der Opposition vorgelegt worden, der dann in der Diskussion gescheitert sei. Dabei sei immer darauf hingewiesen worden, dass sich die Opposition vorbehalte, Sondervoten zu den Punkten einzubringen, die nicht in das Konsenspapier aufgenommen würden. Ein großer Streitpunkt sei gewesen, wie stark internationale und nationale Maßnahmen bewertet werden müssten. Die Einigung bestehe nun darin, dass einerseits internationale Verpflichtungen einschließlich verbindlicher Obergrenzen als nötig erachtet würden, aber gleichzeitig auch nationale Handlungsempfehlungen diskutiert und gefördert werden sollten. Es wisse nicht genau, wo der Abg. Dr. Nüßlein den „grünen Sozialismus“ gesehen habe - er könne dazu nur für die SPD erklären, dass sie nicht für das bekanntlichernmaßen gescheiterte Experiment des Sozialismus sei, sondern für marktregulierende Maßnahmen. Die von Oppositionsvertretern vorgeschlagenen Maßnahmen, von denen eine Dämpfung des Rohstoff- und

Energieverbrauchs erwartet würde, seien von der Erkenntnis aus den Projektgruppen 1 und 2 getragen, dass es höchstens geringe Wachstumsraten geben werde und deshalb Produktion, Verteilung und Konsum der Güter anders reguliert werden müssten. Dazu würden 32 nationale, sieben europäische und vier internationale Maßnahmen vorgeschlagen. Dies heiße nicht, dass alle diese Maßnahmen richtig und durchdacht seien, sondern dass sie für geeignet gehalten würden, das gestellte Thema zu bearbeiten und der Politik eine Entscheidungsgrundlage zu geben.

Abg. Judith Skudelny (FDP) weist darauf hin, dass der „grüne Sozialismus“ ein Teil der „Transformation 3.0“ sei, die tatsächlich im Änderungsantrag auf Kommissionsdrucksache 17(26)93 erwähnt werde. Im konsensualen Text seien drei Treiber für die ökologischen Belastungen der Erde identifiziert worden: die nachhaltige Industrialisierung der Schwellen- und Entwicklungsländer, das anhaltende Bevölkerungswachstum und der Konsum- und Wirtschaftsstil der entwickelten Länder. Weiterhin sei dort auf die Möglichkeiten und zu erwartenden Auswirkungen einer Vorbildrolle Deutschlands und nötige begleitenden Maßnahmen eingegangen worden. Das von der Projektgruppe an Prof. Weimann in Auftrag gegeben Gutachten sei zum Schluss gekommen, dass man mit einer gewissen Marktgröße auch integrativ handeln und Schwellen- und Entwicklungsländer vielleicht mit in eine Wertegemeinschaft hinein bekommen könnte. Am Sondervotum der Opposition störe sie, dass von den drei Treibern mit dem Konsumstil der entwickelten Länder nur ein einziger genannt werde. Es gebe aber keine Aussagen, wie dagegen mit dem anhaltenden Bevölkerungswachstum und dem nachholenden Wohlstand der Schwellen- und Entwicklungsländer umgegangen werden könnte. Der Vorteil des konsensualen Textes sei der Blick darauf gewesen, wie das, was in Deutschland an Technologien und Ideen entwickelt und wie danach gelebt werde, auf die globale Ebene transferiert werden könnte. Hinter diesem Anspruch blieben die nationalen Handlungsempfehlungen der Opposition zurück. Dort werde sich ausschließlich auf die Vorreiterrolle konzentriert, obwohl es an anderer Stelle des Oppositionspapiers hieße, es bleibe zu erforschen, ob und inwieweit diese Maßnahmen tatsächlich zu Nachahmungen führen könnten. Ein wichtiger Punkt bei den Rebound-Effekten sei, dass nicht die gleiche Zahl von Menschen lediglich immer mehr konsumierten, sondern dass es sogenannte „marginale Verbraucher“ gebe, die bei Verbilligung mancher Konsumgüter überhaupt erst Zugang zu diesen Konsumgütern erlangen würden. Somit werde es schwieriger, bei einer steigenden Bevölkerung und einer

immer effizienter werdenden Wirtschaft Rebound-Effekte zu vermeiden. Sie wiederhole ihre in der Projektgruppe immer wieder geäußerte Kritik am Begriff „Transformation“, der für einen grundsätzlichen Wechsel, den Austausch von politischen Regimen oder auch von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen stehe. Eine radikale Wende hieße ja, dass alles bisherige falsch gewesen sei. Es sei aber eben nicht alles schlecht in der sozialen Marktwirtschaft, sondern es gehe vielmehr um eine Weiterentwicklung. Deutschland stelle künftig gerade einmal 0,8 Prozent der Weltbevölkerung und könne mit guten Ideen wirken, nicht aber mit einzelnen nationalen Maßnahmen. Die meisten von der Opposition vorgeschlagenen Maßnahmen seien im Übrigen bereits im Umweltausschuss des Bundestages eingebracht und dort abgelehnt worden. Sie hätte sich gefreut, wenn über die Tagespolitik hinaus ein allgemeiner Konsens zwar vielleicht nicht im Detail, aber über die Richtung hätte gefunden werden können. Dies sei leider nicht möglich gewesen.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand spricht für die Fraktion DIE LINKE. und versichert dem Abg. Dr. Nüßlein, dass erst nachdem im Dezember des vergangenen Jahres klar geworden sei, dass es keinen Konsens über die Vorschläge der Opposition gebe, mit der Ausarbeitung des Änderungsantrages begonnen worden sei und weist den Vorwurf der Täuschung zurück. Die Sondervoten seien auch in dieser letzten Sitzung im Dezember angekündigt worden. Zum „grünen Sozialismus“ zitiert er aus dem entsprechenden Änderungsantrag, dass dieser Begriff lediglich in einer wissenschaftlich korrekten Skizzierung weltweiter Diskussionsansätze genannt würde, ohne dass sich diese Position zu eigen gemacht worden sei. Enquete-Kommissionen sollten bestehendes Wissen aufarbeiten – dies sei im Abschlussbericht der Projektgruppe hervorragend gelungen – und vielleicht neue politische Konsense vorbereiten, was nicht gelungen sei. Enquete-Kommissionen sollten auch Neuland skizzieren, und genau das sei das Ziel des Begriffes „sozial-ökologische Transformation“. Die Änderungsanträge der Opposition seien als Ergänzung gedacht, um andere Sichtweisen in den politischen Prozess und in die Öffentlichkeit einzuspeisen. Anschließend erläutert er die Berichtsentwurf enthaltenen Sondervoten von Oppositionsvertretern zu den Themen „Effizienz/Konsistenz/Suffizienz“ und „Gegen die Gefahr des Eurozentrismus: Verwobene Moderne“, dem von Karl Polanyi geprägten Begriff „Große Transformation“, zu Alternativen zum Emissionshandel sowie den Begriff „sozial-ökologische Transformation“ im Änderungsantrag. Zentral für diesen Begriff sei die grundlegende Veränderung unserer Ressourcen- und Energie-

basis, wozu es grundlegender Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik bedürfe, was aber nicht Planwirtschaft oder Gängelung bedeuten würde. Dies solle vielmehr ein partizipativer und demokratischer Prozess sein. Außerdem habe die Opposition nicht so viel Vertrauen in Märkte und Technologien wie die Koalition, sondern spreche sich für eine Zurückdrängung des Profitprinzips und der Dominanz des Ökonomischen durch die Politik aus.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und begrüßt, dass es in der Projektgruppe 3 gelungen sei, von sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen heraus gemeinsame Positionen zu entwickeln und dass auch Brückenschläge wie der zusammen von seinem Kollegen SV Prof. Bettzüge und ihm verfasste und heute verteilte Beitrag in der „Wirtschaftswoche“ möglich seien. Er bekräftigt die Aussagen seines Kollegen SV Prof. Brand, dass mit den vorgelegten Änderungsanträgen zusätzlich zum gemeinsam weiterhin getragenen Kern des Berichts Perspektiven hinzugefügt werden sollten. Es sei eindrucksvoll zu sehen, wie im gemeinsam Berichtsentwurf für Kapitel 7 die vorhandenen Konfliktpunkte in einem Rahmen debattiert werden könnten, der für die politische Diskussion und für die Vermittelbarkeit nach außen einen wirklichen Fortschritt darstelle.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) drückt sein Verständnis dafür aus, dass es natürlich im Ergebnis auch darum gehe, die einzelnen Positionen darzustellen. Er habe aber auch Verständnis dafür, dass der große Wurf, der in den Kapiteln 1 bis 6 dargestellt worden sei, im Schlusskapitel 7 nicht geschafft worden sei. Er hätte sich von der Einführung des Abg. Dr. Ott mehr inhaltliche Aussagen etwa zu den gemeinsam für gut befundenen Punkten der Förderung von Entkoppelungstechnologien, der Vereinfachung von internationalen Kooperationen und Anreizen, der Setzung von finanziellen Sanktionen und internationalen „Best Practice“-Aktivitäten gewünscht. So stark der erste beschreibende Teil in den Kapiteln 1 bis 6 sei, so schwach sei das Ergebnis durch die vielen Sondervoten und Änderungsanträge. Der Arbeitsauftrag der Projektgruppe sei klar umrissen gewesen. Bei einer davon nicht abgedeckten Erweiterung würde an Grenzen gestoßen werden. Denn es sei eindeutig festgelegt, dass sich die Projektgruppe 4 mit den ordnungspolitischen Maßnahmen beschäftigen solle. Er wolle an zwei Beispielen deutlich machen, warum die von der Opposition vorgeschlagenen Maßnahmen nicht dazu taugen würden, in die Ergebnisse der Projektgruppe

aufgenommen zu werden. So lägen bei der Kreislaufwirtschaft nicht einmal die entsprechenden Verwertungsquoten von Abfällen in Deutschland vor. Es sei eigentlich die Herausforderung gewesen, dazu den internationalen Kontext wie etwa die Verschmutzung der Weltmeere oder das Eindringen von Kunststoffmolekülen in die Nahrungskette aufzugreifen und etwa Handlungsempfehlungen für die internationale Gemeinschaft zum Abfallrecht zu entwickeln. Laut einem anderen Vorschlag sollten in § 903 des Bürgerlichen Gesetzbuches Eigentümer von Sachen zur Rücksichtnahme auf die Erhaltung oder Wiederherstellung eines von ihm genutzten Allgemeingutes verpflichtet werden, was rechtlich, inhaltlich und praktisch abwegig sei. Statt einer Auflistung ordnungspolitischer Maßnahmen hätte er sich mehr vom gemeinsamen Ansatz einer internationalen Verzahnung einzelner Politikfelder wie Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik hinsichtlich der weltweiten Ressourcennutzung gewünscht. Abschließend beantrage er bereits an dieser Stelle, dass die im Konsentext eingearbeiteten Sondervoten an den Schluss des Berichtes der Projektgruppe gesetzt würden, um den eigentlichen Text zu erhalten.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke bedauert ebenfalls, dass der gute analytische Hauptteil der Projektgruppe 3 auf der praktischen Ebene nun so auseinanderfalle. Die vielen Einwände bzw. Sondervoten hätten möglicherweise damit zu tun, dass den gesamten Text von Kapitel 7 eine enorme Skepsis gegenüber dem durchziehe, was die Bundesregierung seit 2005 in Sachen Umwelt- und Klimapolitik gemacht habe. Weil dies aber nur durchschimmere, könne er dem Text zustimmen. Hinsichtlich der darin genannten unilateralen Vorreiterrolle frage er sich, ob die deutsche Umwelt- und Klimapolitik bisher wirklich unilateral gewesen sei oder nicht vielmehr ununterbrochen auf der europäischen Ebene abgestimmt und weltweit Allianzen gesucht worden seien. Ein herausragendes Beispiel dafür sei die internationale Regierungsorganisation zur Förderung der erneuerbaren Energien IRENA. Es werde zwar zu Recht vor einer Überschätzung der Rolle einer Vorreiterpolitik von Nationalstaaten gewarnt, aber eine Unterschätzung wäre genauso fahrlässig, da es – auch aus einer Reihe von strukturellen und Kapazitätsgründen – in der globalen Politik keinen kompetenteren Akteur als den Nationalstaat gebe. Er werbe für die Perspektive, die Innovationsdiffusion aus Vorreiterländern gegenüber den Verhandlungssystemen in den Vordergrund zu rücken. Innovationsdiffusion präge bereits heute die globalen Standards und globalen Rahmenbedingungen. Als Beispiel nennt er, dass in Deutschland im Jahre 2000 im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) das

Ziel verankert worden sei, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung deutlich zu erhöhen. Heute gebe es mittlerweile 120 Länder weltweit, die ebenfalls solche Ziele hätten. Interessanterweise habe sich diese Zahl in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Das Tempo der Innovationsdiffusion aus Vorreiterländern habe sich also erheblich beschleunigt. Demgegenüber gebe es beim Abschluss internationaler Verträge eine eher abflachende Kurve. Es sei jedenfalls wichtig, beide Ebenen zusammen zu diskutieren. Abschließend merkt er an, dass im Bericht zwar mehrfach die Kosten für den Umweltschutz thematisiert würden, aber nicht in gleicher Weise die ebenfalls erheblichen Klima-Schadenskosten.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge weist darauf hin, dass das heute vorgelegte Kapitel 7 nur der Schlussstein in einem umfangreichen Bericht der Projektgruppe 3 sei, der eine umfassende und an vielen Stellen auch tatsächlich neue Perspektive auf die Herausforderungen der Entkoppelung liefere. Er halte den fraktionsübergreifend im Konsens erarbeiteten Bericht ausdrücklich für ein sehr gelungenes Produkt, dem er eine breite und intensive Beachtung wünsche. Er bedauere es, dass dieser konsensuale Prozess keinen gemeinsamen Abschluss gefunden habe. Den Inhalt von Kapiteln 1 bis 6 habe er versucht, im gemeinsamen Artikel mit dem Kollegen SV Prof. Schneidewind unter der Überschrift „Vier unbequeme Wahrheiten“ zusammenzufassen. Diese stünden untereinander im Verhältnis einer kognitiven Dissonanz. So würde die Übernutzung kritischer Erdsystemprozesse, die bei weitem nicht nur im Treibhausgas-Effekt bestünde, zum Handeln aufrufen. Die drei weiteren unbequemen Wahrheiten würden aber zeigen, dass dieses Handeln nicht so einfach sei, da sehr komplizierte Wirkungszusammenhänge berücksichtigt werden müssten. Es sei nicht offensichtlich, welches Handeln sinnvoll sei und welches nicht, und die Gefahr von Fehlschlüssen bei der Formulierung von Maßnahmen sei außerordentlich hoch. Ein deutscher Entkoppelungsaktionismus etwa würde die Gefahr ineffektiver oder kontraproduktiver Maßnahmen bergen, die den Wohlstand der Bürger Deutschlands schmälern würden, ohne im Gegenzug substantiell zum Schutz der natürlichen Umwelt weltweit beitragen zu können. Er hebt den Konsens in Kapitel 7 hervor, dass Entkoppelung Nationalstaaten als handlungsfähige Akteure brauche, die bei der Schaffung internationaler Institutionen eine Führungsrolle übernähmen. Deutschland und die Europäische Union seien aufgefordert, eine solche von der Projektgruppe bezeichnete „Pionierrolle“ einzunehmen. Der Text unterscheide zwischen einer Pionierrolle in einem weiten Sinne und einer Vorbildrolle im

engeren Sinne, also einer Entkoppelung auf eigenem Territorium. Eine Vorbildrolle könne Teil einer Pionierrolle sein, müsse dort aber sinnvoll eingebunden werden. Ein Großteil der politischen Diskussionen in Deutschland beziehe sich immer auf diese Vorbildrolle und ignoriere die Zusammenhänge zur Pionierrolle. Diese begriffliche Unterscheidung sei einer der wesentlichen Aspekte des Kapitels 7. Die Zielsetzung dieser Pionierrolle sei, die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens globaler Abkommen zu erhöhen. Sie müsse sehr breit angelegt sein in einem differenzierten und dosierten Portfolioansatz. Die Bundesregierung sollte die Pionierrolle als eine ressortübergreifende Querschnittsfunktion anlegen, eine Bestandsaufnahme für die einzelnen Umweltdimensionen machen und auf dieser Basis eine ganzheitliche Entkoppelungsstrategie entwickeln. Erst dann sei es möglich, konkrete Einzelmaßnahmen zu definieren. Die Arbeit der Projektgruppe 3 habe deutlich gemacht, dass das Thema Entkoppelung selbst in einer knapp zweijährigen Arbeit nicht abschließend habe behandelt werden können. Er empfehle deshalb dem Deutschen Bundestag, in der kommenden Legislaturperiode die in Kapitel 7 angerissenen Punkte zur Entkoppelung in der angemessenen Breite und Tiefe weiter zu bearbeiten.

SV Michael Müller stimmt SV Prof. Bettzüge ausdrücklich zu, dass aus seiner Sicht bei einer intensiven und zeitlich gestreckten Beratung des Kapitels 7 sehr viel mehr Einigkeit hätte erzielt werden können. Er stimme dem Kapitel 7 zu, obwohl er in einigen Punkten anderer Meinung sei. So sei seine Erfahrung aus vielen Umweltkonferenzen weltweit, dass Deutschland in vielen Bereichen mit den Instrumenten falsch läge. Die Antworten auf globale Probleme entsprächen oft sehr zufällig der Logik bestimmter Rechtssysteme einzelner Länder statt globaler Systeme. Dies sei auch innerhalb der Europäischen Union zu beobachten. Wenn die Grundlage einer Enquete-Kommission das Erkenntnisinteresse sei, müsse es eine bestimmte Offenheit geben, um zu Deutungen zu kommen, Zusammenhänge zu begreifen und Lösungen zu finden. Die hier geführte Debatte erfolge vor dem Hintergrund, ob wir heute eine der üblichen Anpassungs- und Übergangsphasen in der Entwicklung der modernen Gesellschaft oder eine Umbruchphase erlebten. Diese Frage sei in der Beschreibung der Projektgruppe eigentlich geklärt, nicht aber in den Konsequenzen. Er sähe zwei Brüche, über die es bisher kein Einverständnis gebe. Erstens, dass damit auch bestimmte Denktraditionen der europäischen Moderne nicht mehr haltbar seien wie die Gegenübersetzung von Mensch und Natur. Zweitens, dass wir darüber nachdenken müssten, ob die Mechanismen der Industriegesellschaft Zukunft haben

können. Da es Konsens darüber gebe, dass wir nunmehr im Anthropozän, also im Zeitalter des Menschen lebten, müsse sich jeder darüber im Klaren sein, dass wir uns in einer Transformationsphase befänden. Die Frage sei, ob dieser Transformationsprozess einfach hingenommen oder sozial-ökologisch gestaltet werde. Wenn man die soziale Marktwirtschaft bewahren wolle, dann müsse es wieder zu einer stärkeren sozialen Einbindung der Ökonomie kommen. Dabei gebe es die doppelte Herausforderung, die soziale und die ökologische Entbettung der Ökonomie zu bewältigen. Dieser Prozess dürfe nicht am Ende dazu führen, dass Verteilungskämpfe eine ganz andere Dimension annähmen und die Demokratie gefährdet werde.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedauert, dass sein Kollege Abg. Dr. Nüßlein auf eine politische und seiner Ansicht nach polemische Ebene ausgewichen sei. Innerhalb der Projektgruppe habe es durchaus eine sehr konstruktive Zusammenarbeit gegeben. Angesichts der von SV Müller geschilderten gegenwärtigen Umwälzungen gebe es entweder die Möglichkeit, sich von der Veränderung der Verhältnisse treiben zu lassen oder sie bewusst zu gestalten. Dies sei die historische Aufgabe, vor der wir jetzt stehen würden. Dafür gebe es genügend Studien, die die Möglichkeiten aufzeigen würden. Daraus sowie aus den Diskussionen mit Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft hätten sich einige Maßnahmen herausgeschält, die die Opposition empfehlen würde. Dabei werde durchaus auch von der nationalen auf die internationale Ebene gegangen. Die Empfehlungen der Kommission müssten sich jedoch an den Bundestag richten, so dass man sich auch darauf konzentrieren müsse, was der Bundestag und die Bundesregierung tun könnten. Zur wirksamen Bekämpfung von Rebound-Effekten brauche man auch Maßnahmen, die systemhaft wirkten wie beispielsweise absolute Einsparziele auch bei der Energienutzung. Es gehe weiterhin um die Gestaltung von Preisen und den Abbau von umwelt- und klimaschädlichen oder zum Ressourcenverbrauch animierenden Subventionen, die laut Umweltbundesamt in Deutschland jährlich bei 48 Milliarden Euro lägen. Außerdem müssten Steuern und Abgaben so gestaltet werden, dass bestimmte Verbräuche zurückgingen wie etwa der übermäßige Stickstoffeintrag in der Landwirtschaft. Auf der europäischen Ebene sollten die Rohstoffspekulationen eingedämmt und die europäische Agrarpolitik grundlegend reformiert werden. Es gebe ja gegenwärtig wieder gute Beispiele dafür, wie ein nur auf Kostenminimierung und Effizienz ausgerichtetes agrarwirtschaftliches System zu Auswüchsen führe, die für die Verbraucher unangenehm bis gesundheitsschädlich seien. Weiterhin sollte nicht nur die

deutsche, sondern auch die europäische Außenpolitik eingebettet werden in eine Entkoppelungs- und Reduktionsstrategie. Auf der globalen Ebene seien der Ausbau globaler Rechtsordnungen und neue Initiativen der Vereinten Nationen erforderlich. Wichtig seien auch Transferzahlungen an ärmere Staaten als Kompensation dafür, dass Rohstoffe in Naturschutzgebieten nicht ausgebeutet würden, so wie dies etwa die Regierung von Ecuador für den Yasuní Nationalpark angeboten habe.

SV Dietmar Hexel geht auf die Aussagen des Abg. Dr. Heider zu den Vorschlägen zur Änderung von § 903 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein, über die man in der Tat rechtssystematisch streiten könne. Inhaltlich gehe es um die Verantwortung auch für das Allgemeingut, für die rechtssystematisch auch andere Regelungen denkbar seien. Er hätte sich gefreut, wenn es für dieses Ziel einen Gegenvorschlag der Koalition gegeben hätte. Die Opposition sei jedenfalls der Meinung, dass sowohl im Gesellschaftsrecht als auch im Privatrecht etwas gesetzt werden müsse, weil sonst alle guten Apelle aus den Kapiteln 1 bis 6 verpuffen würden. Hinsichtlich der fehlenden Einigung zu den von Abg. Dr. Heider aufgezählten Punkten und internationalen Maßnahmen weist er darauf hin, dass es leider keine Gegenvorschläge der Koalition gegeben hätte. Die Opposition glaube, dass die Enquete-Kommission dem Parlament nicht zumuten könne, eine sehr gute Analyse in Kapiteln 1 bis 6 vorzulegen und dann keine konkreten Handlungsvorschläge zu machen.

SV Prof. Hanns Michael Hölz bedauert die vom Abg. Dr. Nüßlein in diesen Kreis hineingetragene Art von politischer Diskussion, die zumindest mit ihm nicht abgestimmt worden sei. Er sei als Experte in diese Kommission berufen worden und ihm liege es sehr am Herzen, die inhaltliche Thematik verständlich zu machen, wie eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft vorgebracht werden könne. Er hätte sich sehr gefreut, wenn die in den Änderungsanträgen genannten Vorschläge intensiver hätten diskutiert werden können. So könne er beispielsweise auf Grund seiner eigenen langjährigen Hochschultätigkeit den darin enthaltenen Punkten zu Bildung und Forschung eigentlich nur zustimmen. Auch die Aussagen zum Thema Normierung bewerte er als sehr positiv. Die wirtschaftlichen Bedingungen müssten so gestaltet werden, dass Industrie und Dienstleistungsunternehmen eine größtmögliche Planungssicherheit hätten. Es gehe im jetzigen Stadium noch gar nicht so sehr um Werturteile, sondern um die faktische Diskussion von Überlegungen, wie Veränderungen herbeigeführt werden könnten. Eine politische Bewertung bereits im Prozess der Erstellung des Kommissions-

Berichts halte er persönlich für verfrüht.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) lobt die Zusammenarbeit in der Projektgruppe 3, die zunächst bei der Analyse über die Parteigrenzen hinweg springen konnte und an sachlichen Fragen orientiert gewesen sei. Leider sei es dann aber nicht zu gemeinsamen Schlussfolgerungen und Lösungsvorschlägen gekommen. Dies habe an der Verweigerung der Koalitionsvertreter gelegen, über solche Handlungsempfehlungen zu debattieren. Es gehe auch nicht darum, den Menschen etwas vorzuschreiben. Ganz im Gegenteil werde bei den Vorschlägen der Opposition immer wieder darauf hingewiesen, dass die Voraussetzung dafür ein Prozess von Partizipation und breiter gesellschaftlicher Debatte sei. Dabei werde auch sehr weit auf die europäische und globale Ebene eingegangen. Deutschland habe ja im Übrigen global bereits eine Pionierrolle etwa durch die Mitgliedschaft in der G 20. Aber aus ihrer Sicht hätten die derzeitigen Formen von globaler Kooperation die Probleme eher verschärft und nicht gelöst. Deshalb sei eine Reform dieser internationalen Kooperation unter demokratischer Einbeziehung von Entwicklungsländern nötig. Allerdings sei Deutschland als führendes Industrieland und einer der größten CO₂-Emittenten immer noch Teil des Problems und müsse diese Probleme auch national lösen.

Abg. Waltraud Wolff (SPD) betont, dass in der heutigen Diskussion deutlich geworden sei, wie groß die Einigkeit bei der Analyse in der Projektgruppe 3 gewesen sei. Es hätte lange so ausgesehen, dass dies bis zum Schluss einvernehmlich hätte fortgesetzt werden können. Dann sei jedoch klar geworden, dass die Koalition keine konkreten Handlungsempfehlungen wollte. Ordnungspolitische Maßnahmen seien aber national und global notwendig. Mit den über 40 Vorschlägen der Opposition werde aufgezeigt, was Politik leisten könne, um Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in Einklang zu bringen. Diese Empfehlungen müssten natürlich von der Projektgruppe 3 gegeben werden, da die Mitglieder der Projektgruppe 4 bei den zweijährigen intensiven Diskussionen nicht dabei gewesen seien.

Abg. Judith Skudelny (FDP) weist darauf hin, dass sie von Anfang an dagegen gewesen sei, Handlungsempfehlungen bereits in der Projektgruppe 3 zu besprechen. Stattdessen sollten dort die Grundlagen und technischen Möglichkeiten erörtert werden. Sie lege Wert darauf, dass es keine Verschiebungen von Belastungen durch nationale Maßnahmen gebe wie eine Verlagerung von Umweltproblemen ins Ausland. Dann würden sie global eben nicht greifen. Bei den meisten vorgelegten Handlungsempfehlungen der

Opposition bleibe offen, wie es geschafft werden könne, dass nationale Maßnahmen auch global wirksam würden. Die Vorschläge würden zwar auch auf die globale Ebene eingehen, doch seien die entsprechenden Antworten hinreichend unkonkret. So könne etwa in Diktaturen nicht mit der Zivilgesellschaft gesprochen werden, und große Teile der Welt seien eben nicht demokratisch verfasst. Hinsichtlich der von Abg. Dr. Ott erwähnten Subventionen erläutert sie, dass es etwa Ausnahmen bei den Energiekosten gebe, damit sich keine Verlagerungen ergeben. Außerdem gebe es auch Subventionen im sozialen Bereich wie etwa bei der sozialen Wohnraumförderung, die vom Umweltbundesamt kritisiert würden. Letztlich gehe es um einen Ausgleich verschiedener Belange auf nationaler und internationaler Ebene, für den es keine einfachen Antworten gebe.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel stellt fest, dass zwar alle mit der gleichen Wirklichkeit konfrontiert seien, sie aber sehr unterschiedlich interpretiert werde. Die Frage sei, ob es gegenwärtig nur begrenzte Störungen gebe und grundsätzlich so weitergemacht werden könne wie bisher. Sein Kollege SV Müller sage dagegen, dass wir uns an einem wirklichen Wendepunkt befänden und neues Zeitalter anbreche. Die Konsequenzen dieser unterschiedlichen Interpretation der Wirklichkeit seien gigantisch. Er sei persönlich auch der Auffassung, dass wir mit einer Bruchsituation konfrontiert seien und nicht mit einer relativ harmlosen Übergangssituation. Im Übrigen könnten lediglich Übergänge mit einer Transformation gelöst, nicht aber Brüche in den Griff bekommen werden. So gesehen sei der Begriff „Transformation“ noch viel zu schwach. In der Projektgruppe 3 sei unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Positionen, die voller Respekt zu Kenntnis genommen werden sollten, Bemerkenswertes geleistet worden. Praktisch schlage er vor, die heute vorliegenden Texte auf etliche vorhandene Widersprüche zu den Ergebnissen anderer Projektgruppen zu prüfen. Außerdem fehle aus seiner Sicht der Rahmen für den gesamten Kommissions-Bericht, für den so etwas wie das vom Abg. Dr. Zimmer und SV Müller verfasste Papier zur Ideengeschichte des Fortschritts ein geeigneter Ansatz sein könnte.

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) schließt die Aussprache und ruft die Abstimmungen auf. Er lässt zunächst über die Änderungsanträge abstimmen und stellt als erstes den Änderungsantrag auf Kommissionsdrucksache 17(26)93 zu Abstimmung.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Sodann ruft er den Änderungsantrag auf Kommissionsdrucksache 17(26)94 auf und führt die Abstimmung durch.

Der Änderungsantrag wird bei 15 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Als nächstes ruft er den Berichtsentwurf auf Kommissionsdrucksache 17(26)91 auf und lässt darüber abstimmen.

Der Berichtsentwurf wird einstimmig angenommen.

Anschließend fragt er die Antragsteller, ob die beiden soeben abgelehnten Änderungsanträge als Sondervotum in den Bericht aufgenommen werden sollen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet, diese Änderungsanträge als Sondervoten aufzunehmen. Falls aber alle Sondervoten wie von Abg. Dr. Heider beantragt am Schluss des Berichts platziert werden sollten, würde das der Lesbarkeit des Berichts nicht sehr dienlich sein.

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) weist darauf hin, dass Kommissionsmitglieder oder Fraktionen, die bisher in den Sondervoten nicht aufgeführt seien, natürlich noch die Möglichkeit hätten, diesen Sondervoten beizutreten, was auch schriftlich dem Sekretariat gegenüber erklärt werden könne.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) erläutert, dass sich sein Antrag, Sondervoten an das Ende des Berichts der Projektgruppe zu platzieren, auf alle Sondervoten erstrecke.

SV Michael Müller wirft ein, dass dies ein unübliches Verfahren für Berichte von Enquete-Kommissionen wäre.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) beantragt, die Frage der Platzierung der Sondervoten in die Obleute-Runde zu vertagen.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) besteht dagegen darauf, über seinen Antrag als weitestgehenden Antrag abstimmen zu lassen.

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) lässt über den Antrag von Abg. Dr. Heider abstimmen.

Der Antrag wird bei 12 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Zu seinem daraufhin gemachten eigenen Vorschlag, wie von Abg. Frau Lötzer vorgeschlagen diese Frage in Kenntnis dieser Abstimmung in die Obleute-Runde zu vertagen, gibt es keinen Widerspruch.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) erläutert, dass es Unstimmigkeiten auf Grund der Fußnoten-Thematik gegeben habe, deren Platzierung am Ende des Berichts auch durchaus nachvollziehbar sei.

Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) wird das Sekretariat ermächtigt, redaktionelle Anpassungen wie z. B. Zitate in den Fußnoten und Aktualisierungen bis zur Vorlage der endgültigen Berichtsfassung im April 2013 vornehmen zu dürfen. Außerdem bedankt er sich nicht nur beim Abg. Dr. Ott als Vorsitzenden der Projektgruppe herzlich für dessen Arbeit, sondern auch dem Sekretariat und vor allem Herrn Hans Haake.

Tagesordnungspunkt 2

Vergabebeschluss

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)92

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) erläutert, dass sich die Projektgruppe 2 in ihrer Sitzung am 18. Januar 2013 darauf verständigt habe, den Indikatorensatz grafisch aufbereiten zu lassen und einen prägnanten Begriff zu suchen. Hierfür sei eine Leistungsbeschreibung erstellt worden auf Kommissions-Drucksache 90 neu, die in der Kommissionssitzung am 28. Januar 2013 beschlossen worden sei. Bis zum Ende der Frist am 13. Februar 2013 seien insgesamt vier Angebote eingegangen, die als Tischvorlage ausliegen würden. Es wird gebeten, die Angebote, die teilweise Unternehmensinterna beinhalteten, an das Sekretariat zurückzugeben. Die Projektgruppe 2 habe sich heute noch einmal getroffen, um der Enquete-Kommission einen Auftragnehmer zu empfehlen. Hierzu läge den Kommissions-Mitgliedern eine Beschlussempfehlung der Projektgruppe 2 über die Auftragsvergabe auf Kommissionsdrucksache 17(26)92 als Tischvorlage vor.

Nachdem keine Erläuterung dieser Beschlussempfehlung gewünscht wird, lässt er über darüber abstimmen.

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 3

Berichte aus den Projektgruppen

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) berichtet als Vorsitzende der Projektgruppe 2, dass sich die Projektgruppe heute intensiv mit der Vergabe des Auftrags für die grafische Aufbereitung und Namensfindung des ganzheitlichen Wohlstandsindikatorenansatzes beschäftigt habe.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) berichtet als Vorsitzende der Projektgruppe 5, dass dort heute vereinbart worden sei, im Bereich Arbeit die unterschiedlichen Sichtweisen zu explizieren. Damit solle der Gefahr entgangen werden, sich am Ende gegenseitig zu blockieren. Es werde drei unterschiedliche Perspektiven auf die Zukunft der Arbeit geben. Der Teil der Beschreibung der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft sei heute allerdings relativ stark im Konsens beschlossen worden. Am kommenden Montag werde die Sitzung der Projektgruppe verlängert werden und um einen weiteren Klausurtag am darauf folgenden Dienstag ergänzt, so dass die Projektgruppe optimistisch sei, auch die Textteile zu den Themen Konsum und Lebensstile voran zu bringen.

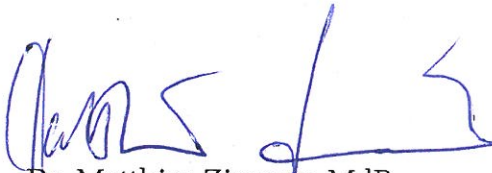
Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Er schließt die Sitzung um 15:47 Uhr.

Schluss der Sitzung: 15:47 Uhr

Gä/Hae/Up/Wa



Dr. Matthias Zimmer, MdB
Stellv. Vorsitzender